



Halten Sie die Zwangsmitgliedschaft der Jagdrevierinhaber in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft noch für zeitgemäß und für welche Änderungen setzen Sie sich ein?

<p>Lars Rohwer </p>	<p>Jägerinnen und Jäger sind bei der Ausübung ihrer Tätigkeit besonderen Gesundheits- und Unfallgefahren ausgesetzt. Dabei bietet die Mitgliedschaft in der SVLFG für Jägerinnen und Jäger einige Vorteile, die eine private Versicherung nicht zwingend abdeckt. Eine Zwangsmitgliedschaft von Jagdrevierinhabern mit abhängig Beschäftigten ist unstrittig. Bei der verpflichtenden Mitgliedschaft der weiteren Revierinhaber sollte eine Abwägung erfolgen, bei der neben dem vergleichbaren Leistungsumfang der privaten Versicherungswirtschaft die effektive Präventionsarbeit und die spezielle jagdbezogene Beratung der SVLFG, ebenso wie deren noch andauernde Leistungen (wie Verletzten- und Hinterbliebenenrenten der vergangenen Jahrzehnte) zu würdigen sind. Sollte eine verpflichtende Mitgliedschaft der weiteren Jagdrevierinhaber bei der SVLFG auf den Prüfstand gestellt werden, müssen auch diese Aspekte Beachtung finden.</p>
<p>Matthias Rentzsch </p>	<p>Die AfD ist eine freiheitliche Partei. Zwangsmitgliedschaften, bzw. verordneter Automatismus ist mit den Selbstbestimmungsrechten jedes einzelnen Menschen unvereinbar. Wer Mitglied in einer Berufsgenossenschaft werden möchte, kann das gerne tun – auf freiwilliger Basis.</p>
<p>Steffen Große Frank Anton </p>	<p>Die Jagdrevierinhaber müssen aus der Zwangsmitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft entlassen werden, die jagdliche Unfallversicherung muss frei wählbar sein. Dafür muss das Sozialgesetzbuch entsprechend geändert werden. Die nicht zu Erwerbszwecken und ohne Angestellte betriebene Jagd sollte deshalb aus der landwirtschaftlichen Sozialversicherung herausgenommen werden. Zudem muss bei den Sozialwahlen die Chancengleichheit gesichert werden. Jäger müssen gleiche Chancen auf Beteiligung an der Selbstverwaltung bekommen, zum Beispiel mit einer Vorschlagsberechtigung für die Sozialwahl.</p>
<p>Thomas Ladzinski </p>	<p>Diese Zwangsmitgliedschaft bringt keinen Mehrwert für den Jäger. Durch die Beiträge wird lediglich ein Verwaltungsapparat mitsamt seiner Bürokratie finanziert. Diese Zwangsmitgliedschaft sollte aufgelöst werden. Wir setzen grundsätzlich auf die Eigenverantwortung mündiger Bürger.</p>
<p>Sina Alex Terence Koch </p>	<p>Wir erachten den Versicherungsschutz im Revier grundsätzlich als wichtig. Allerdings sind wir uns der bestehenden Kritik bewusst – insbesondere in Bezug auf die Frage, wer versichert ist, sowie hinsichtlich intransparenter Anrechnungen und Erhebungsrichtlinien. Unser Ziel ist es, mehr Transparenz zu schaffen und eine faire, angemessene finanzielle Belastung sicherzustellen. Die Jagd darf keine unverhältnismäßige Bürde darstellen.</p>
<p>Clara Bünger Funda Römer </p>	<p>Ja, wir sehen in der Mitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft durchaus Vorteile. Sie bietet einen verlässlichen Schutz bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und schließt dabei eine große Gruppe Jagdbeteiligter (mitarbeitende Ehegatten, Jagdmitarbeiter, Jagdhelfer, Beschäftigte) ein. Der Versicherungsnehmer wird zudem von Haftungsansprüchen Mitversicherter befreit. Durch die Vielzahl an Mitgliedern besteht eine nicht insolvenzfähige Solidargemeinschaft mit höchster Zuverlässigkeit. Zudem können bei Streitigkeiten, die im Leistungsrecht kostenfreien Sozialgerichte angerufen werden. Wir fordern gerechte Beitragsstrukturen, die die Interessen der Jagdpächter berücksichtigen und eine faire Lastenverteilung gewährleisten.</p>
<p>Markus Reichel </p>	<p>Wir sehen die verpflichtende Mitgliedschaft von Jagdrevierinhabern in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft kritisch. Eine Neuregelung sollte geprüft werden, insbesondere für die Jagdausübung ohne eigene landwirtschaftliche Tätigkeit. Es muss eine faire und praxistaugliche Lösung gefunden werden, die die spezifischen Risiken der Jagd berücksichtigt, aber keine übermäßige finanzielle Belastung für die Revierinhaber bedeutet.</p>

 Keine Rückmeldung	Rasha Nasr, Stephan Schumann (SPD) Torsten Herbst, Benita Horst (FDP) Andrea Ebert (MLPD)	Kassem Saleh, Merle Spellerberg (Bündnis 90/ Die Grünen) Theodor Benad (Freie Wähler) Melanie Buntrock (Die Partei)
-----------------------	---	---